

## Patienten sind keine Objekte

Die Taktgeberin,  
Ausgabe vom 20. März

Der Artikel über Ruth Humbel bringt es auf den Punkt, worum es im Gesundheitswesen geht: um viel Geld. Deswegen soll bei jeder Reform eine Opfersymmetrie gefunden werden. Bewerksstelligen sollen dies Kompromisse und Dealmaker. Ich bin überzeugt, dass im Solidarsystem Gesundheitswesen nicht wie jetzt Dealmaker den Ton angeben dürfen, sondern Menschen mit Fachwissen, Fachkönnen und Beziehungsfähigkeit, die sich auf das Heilen verstehen. Dabei beziehen sie – wo immer es nötig und möglich ist – die von einem Unheil Betroffenen in das Heilen als eigenständige und selbstverantwortliche Partner mit ein. So wird die leidende oder verletzte Person mit ihren Sorgen, Ängsten und Hoffnungen als Mensch wahrgenommen und nicht als ein Objekt, mit dem dank wirkmächtigem Gesundheitsmarketing Geld zu verdienen ist. Das ist die Stossrichtung für eine echte Reform im Gesundheitswesen. Dafür braucht es Politikerinnen und Politiker, die nicht einfach endlos am gescheiterten KVG herumdoktern, sondern dieses grundlegend neu ausrichten wollen – hin auf Wirksamkeit, Genügsamkeit und Nachhaltigkeit. Das und nicht Opfersymmetrie ist die Lösung für ein bezahlbares und menschengerechtes Gesundheitswesen. Zur Wirksamkeit gehörte, dass nur wirklich wissenschaftlich anerkannte Behandlungsmethoden eingesetzt werden, deren Ergebnisqualität konsequent gemessen wird. Genügsamkeit zeigte sich etwa darin, dass niemand im Solidarsystem Gesundheitswesen mehr als 300 000 Franken verdient. Und Nachhaltigkeit ist zu erreichen, wenn alle Behandelnden mit den Patienten zuerst diese Punkte klären: Nutzen, Risiken und Beweis der Wirksamkeit der Behandlung, was passiert, wenn die Behandlung abgewartet wird, und ob der Behandelnde bei Bedarf dieselbe Behandlung auch für sich in Anspruch nehmen würde. Um das in Gang zu bringen, braucht es keine Dealmaker, sondern Pionierinnen und Pioniere. Für Letztere böte der anlaufende Wahlkampf eine ideale Plattform.

Bruno Facci, Ganterschwil

## Welche Grundsätze sollen beim Waffenrecht gelten?

«Ich fühle mich nicht unter Druck»,  
Ausgabe vom 1. April

Kann sein, dass die EU-Waffenrichtlinie zumutbar ist. Doch ebenso ist es für die EU zumutbar, dass die Schweiz an ihrem Waffengesetz festhält. 2008 wurde die EG-Waffenrichtlinie umgesetzt. Dieses Gesetz entspricht unseren Bedürfnissen und benötigt keine weiteren, kostspieligen und bürokratischen Regelungen.

Zur Frage, dass die EU in Zukunft weitere Verschärfungen beschliessen könnte, meint Frau Bundesrätin Keller-Sutter «... bei weiteren Änderungen können wir wieder mitbestimmen und auch ablehnen, wenn wir nicht einverstanden sind.» Da frage ich mich doch ernsthaft, warum dannzumal und nicht bereits heute? Gilt dann die grosse Angstmacherei, dass die Schweiz aus dem Schengen-Dublin-Verband ausscheidet,

nicht mehr? Die EU hat sehr wohl Interesse, dass die Schweiz Mitglied von Schengen bleibt. Nicht nur, wegen den zig Millionen, die wir bezahlen, sondern die Schweiz befindet sich in der Mitte von Europa. Und wenn dazu Frau Bundesrätin meint: «Die EU gewichtet ihre Grundsätze höher als die Sicherheitsinteressen», dann kann ich nur erwidern: Ich habe auch meine Grundsätze und sage daher Nein zum neuen Waffenrecht.

Cornelia Hättenschwiler, St. Gallen  
Mitglied SV Ochsenweid St. Gallen

Stellen Sie sich vor, sie gehören einer Minderheit an. Sie sind noch eine der wenigen Personen, die gerne ein Glas Wein trinkt. Der Mehrheit sind Sie egal, die interessiert sich weder für Sie oder den Wein. Nun gibt es aber hartnäckige Eiferer, die Ihnen genau das verbieten

wollen. Das Ziel ist die Prohibition. Wohin dieses Experiment führt, hat uns die USA 1919 bis 1933 gezeigt. Es geht am 19. Mai nicht um Wein. Es geht um uns, darum ist es wichtig, die schweigende Mehrheit zu mobilisieren und für eine tolerante und liberale Schweiz einzustehen. Am 19. Mai geht es um die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie. Vom legalen Waffenbesitz geht keine Gefahr

Abstimmung  
19. Mai  
Waffenrecht

aus. Jeder Erwerb ist jetzt schon reglementiert und benötigt einen einwandfreien Leumund, einen Strafregisterauszug und einen Waffenerwerbsschein. Es werden keine Anschläge verhindert, da sich Terroristen auch weiterhin an keine Gesetze halten. Schützen aber wer-

den unter Pauschalverdacht gesetzt. Deshalb ganz klar: ein Nein am 19. Mai. Lassen Sie uns weiterhin unserem Hobby nachgehen! Wehren wir uns gegen ein unsinniges Gesetz und Bevormundung. Übrigens, dieses Szenario lässt sich beliebig erweitern: Tabakgenuss, Offroadern fahren, Fleisch essen...

Alexis Targiroff, Kirchberg

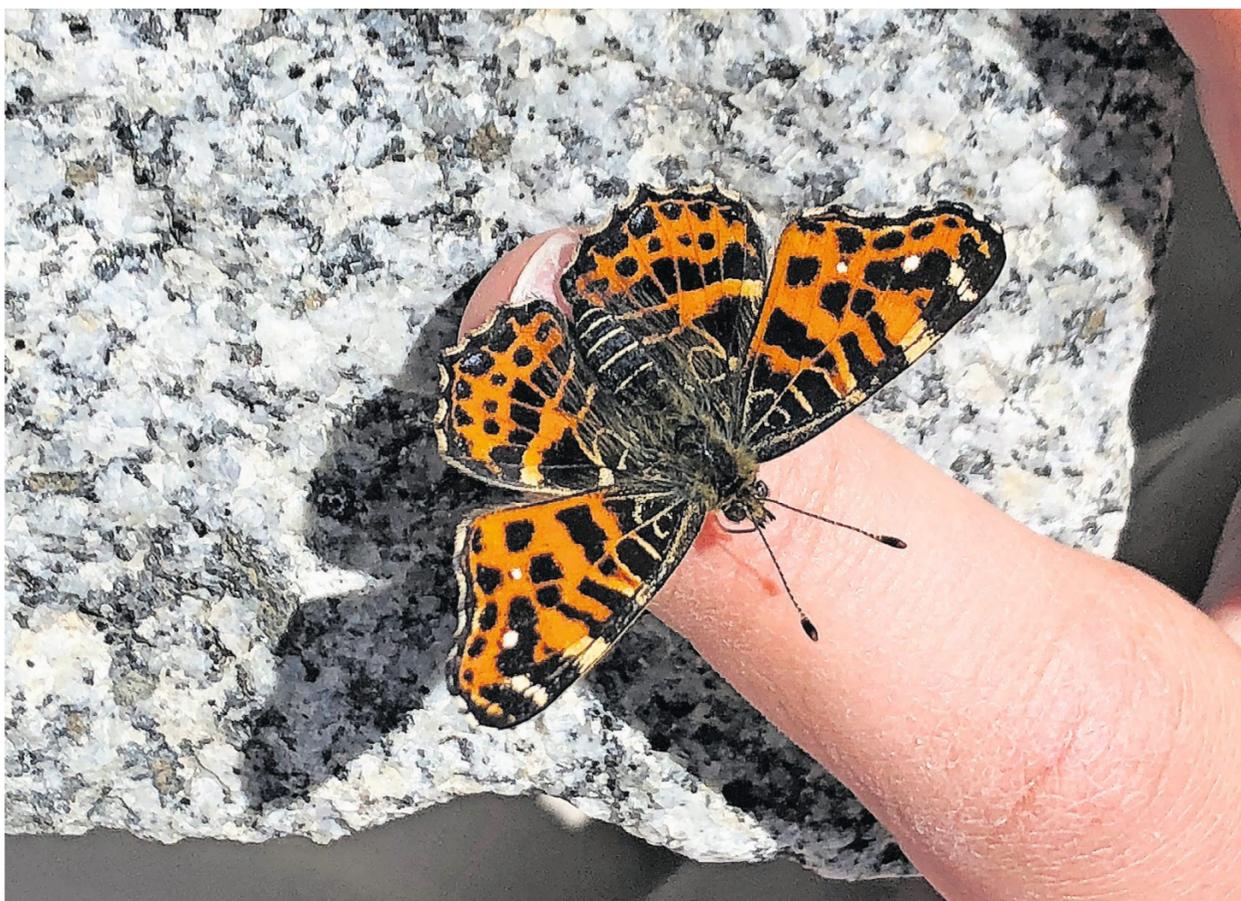
Das neue Waffengesetz ist für die Sicherheitspolitik der Schweiz zentral und bricht nicht mit der hiesigen Schiess- und Waffentradition. Umso wichtiger ist deshalb ein Ja am 19. Mai. Mit der Annahme der Teilrevision behält die Schweiz den Zugang zum Schengener Informations- und Fahndungssystem und sorgt gleichzeitig für mehr Transparenz bezüglich dem Besitz und Gebrauch von Schusswaffen. Bei einem Nein

droht der Fall des Schengen-Abkommens, was die europäische Justiz- und Polizeizusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität drastisch erschweren wird. Die Mehrkosten, welche entstehen, um die innere Sicherheit dann weiterhin garantieren zu können, belaufen sich auf 300 bis 900 Millionen Franken jährlich (vgl. Ecoplan, 2017, S. 12).

Um illegale Einreisen und Aufenthalte zu verhindern, fällt bei einem Ja nur ein Bruchteil der Kosten an. Dafür müssen einzig Waffen registriert und deren periodischer Einsatz (zum Beispiel Sportschützen und Jäger) und Verwendungszweck (im Falle von Museen) nachgewiesen werden. Ein Ja zum Waffengesetz am 19. Mai heisst Ja zu Sicherheit, Ja zu effizienter Polizeiarbeit und Ja zur bisherigen Asylgesuchspraktik.

Yves Beutler, Uzwil  
FDP Uzwil

## Kurz vor dem ersten Flug



Leserbild Rahel Hinder fotografierte ein frischgeschlüpftes «Landkärtchen» in Weinfeldern.

## Gut aufgezeigt

Der Grünrutsch und seine Folgen, Ausgabe vom 25. März

Danke für das transparente Aufzeigen des Stimmverhaltens bezüglich Klimapolitik im Nationalrat. Dass die Wahlen in Zürich ein Misserfolg für die bürgerlichen Parteien waren, stimmt wohl nur, wenn man als «bürgerlich» alles rechts der Mitte bezeichnet! Die GLP positioniert sich als starke Mitte, weil die FDP einmal mehr ihre Glaubwürdigkeit in Umweltfragen verspielt hat.

Heini Lüthi, St. Gallen

## Damit der Frühling wirklich erwacht

Letztes Jahr ist der Kuckuck verstummt, jetzt sind es die Amseln. Wo sind sie alle geblieben? Wie viele Tode müssen noch gestorben werden, bis wir verstehen, dass wir etwas tun müssen, die Ohnmacht durchbrechen? Wie denn? Auch mal zu Fuss gehen, den Garten unaufgeräumt lassen, weniger konsumieren, ökologische Produkte bevorzugen, bei Abstimmungen und Wahlen an die Natur als Lebensgrundlage denken, sich zusammensetzen und nach Lösungen suchen. Wir können etwas bewirken. Ich wünsche Ihnen und mir den Mut dazu.

Katharina Michel, Dozwil

## Leserbriefe

Das Forum dient der Meinungsäusserung unserer Leserinnen und Leser. Bei der Auswahl werden nur Leserbriefe bearbeitet, die nicht länger sind als 2000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Für Texte zu Wahlen und Volksabstimmungen gilt eine Maximallänge von 1200 Zeichen. Die Zusage muss mit Name und vollständiger Postadresse versehen sein. Die Redaktion behält sich in jedem Fall vor, Zuschriften nicht zu publizieren oder sie zu kürzen. [www.tagblatt.ch](http://www.tagblatt.ch) → Menü → Leserbrief schreiben

## Preise endlich senken

Noch mehr Druck in Bern,  
Ausgabe vom 28. März

So nicht, Herr Nationalrat Hausammann. Sie und andere Politiker fordern die Senkung der Wertfreigrenze für private Einfuhren auf fünfzig Franken wegen dem Einkaufstourismus. Ist Ihnen bewusst, dass in der Schweiz die durchschnittliche Einkommenshöhe (statistisch erwiesen) fünfzig Prozent höher liegt als in Deutschland? Die Kaufkraft muss zudem berücksichtigt werden. Warum ist das Preisniveau bei uns nicht fünfzig, sondern hundert bis zweihundert Prozent oder noch höher, bei den gleichen internationalen Produkten? Schweizer Importeure und deutsche Exporteure verdienen sich eine «goldene Nase» an den «blöden» Schweizern, inklusive

Grossverteiler. Wird die Wertfreigrenze gesenkt, wäre das Einkaufen in Deutschland immer noch attraktiv. Als pensioniertes Kadermitglied rate ich Ihnen, sich einzusetzen, dass die teilweise viel zu hohen Preise hierzulande (primär im Non-Food-Bereich) endlich etwas hinunterkommen. Dann würden Schweizer wieder mehr bei uns einkaufen. Das wäre der bessere «Heimatschutz». NB: Als guter Kunde bei einem Schweizer Detailhändler in Kreuzlingen kaufe ich Lebensmittel bei uns (wegen unseren Bauern). Nach meiner Intervention wurde etwa der Preis eines internationalen Katzenfutters sofort gesenkt. Etwas seltsam, der Verkaufspreis ist aber immer noch mehr als doppelt so hoch.

Martin Brüllisauer, Fruthwilen

## Es ging nicht primär um Konfessionelles

Feind und Freund,  
Ausgabe vom 2. März

Das «Tagblatt» reduziert anhand eines Schmähgedichts Gottfried Kellers den Weg zum Sonderbundskrieg (1847) auf liberal und/oder protestantisch grundierten Antikatholizismus. Das ist zu einfach. Den Hintergrund bildete der Kampf der Radikalen für einen modernen Bundesstaat. Das war kein konfessionelles Anliegen. Viele katholische Liberale trugen es mit.

Nach 1830 gab es in zahlreichen Kantonen vielfältige, teils handfeste Auseinandersetzungen um Verfassungsfragen. Im Aargau führte die Ersetzung der konfessionsparitätischen durch eine mehrheitsbasierte Volksvertretung zu einem Aufstand im katholischen Freiamt. Auf

Antrag des Grossratspräsidenten – eines katholischen Radikalen – hob der Kanton die Klöster auf, die man der geistigen Urheberschaft des Aufstandes verdächtigte. Dieser Akt tangierte Bundesrecht. Er liess sich als antikatholischen Angriff darstellen und als Handhabe nutzen, um die politischen Gegensätze konfessionell und damit emotional und breitenwirksam aufzuladen.

Die Konfessionalisierung einseitig als Strategie der Liberalen darzustellen, ist daher verkürzt. Was dann kam, folgte der Logik der Eskalation: Luzern schuf (demokratisch) die liberale Verfassung ab und berief zur geistigen Abwehr 1844 die damals als reaktionär geltenden Jesuiten ins Bildungswesen, was weithin provozierte

und heftige Polemiken bewirkte (so auch Kellers Pamphlet). Es folgten blutige Freischarenzüge gegen die Luzerner Regierung – keine Ruhmesblätter – und schliesslich der Zusammenschluss von sieben katholisch dominierten Kantonen zum bundesvertragswidrigen Sonderbund, der die Bundesreform ablehnte und auf ausländische Unterstützung hoffte. Die Tagsatzungsmehrheit beschloss nach vergeblichen Verhandlungen dessen militärische Auflösung. Zu dieser Mehrheit zählten auch die überwiegend katholischen Kantone Solothurn, St. Gallen und Tessin. Dies zeigt, dass es im Sonderbundskrieg nicht primär um Konfessionelles ging.

Christoph Rohner, St. Gallen